



Wie das Gesetz Lamine-Guèye von 1946 die Widersprüche des französischen Empire offenlegte

Am 7. Mai 1946 verabschiedete die französische Nationalversammlung ein Gesetz von bemerkenswerter Kürze – und enormer historischer Tragweite. Es bestand aus nur einem einzigen Artikel. Doch dieser eine Satz veränderte die juristische Architektur des französischen Kolonialreichs grundlegend: Fortan sollten alle Bewohner der französischen Überseegebiete, Algerien eingeschlossen, den Status französischer Bürger besitzen – formal gleichgestellt mit den Einwohnern des Mutterlandes.

Die sogenannte Loi Lamine-Guèye entstand in einer Zeit tiefgreifender politischer Neuordnung. Frankreich war vom Zweiten Weltkrieg gezeichnet, das Vichy-Regime diskreditiert, die republikanische Idee moralisch beschädigt. Zugleich hatte der Krieg die koloniale Ordnung erschüttert. Hunderttausende Soldaten aus Afrika, Nordafrika und Indochina hatten für Frankreich gekämpft. Viele koloniale Eliten verlangten nun, dass die Republik ihre universalistischen Prinzipien endlich auch außerhalb Europas ernst nehme.

Das Gesetz trug den Namen des senegalesischen Politikers Amadou Lamine-Guèye, damals sozialistischer Abgeordneter für Senegal-Mauretanien und Bürgermeister von Dakar. Seine Initiative war mehr als eine juristische Reform. Sie war ein Angriff auf die zentrale Hierarchie des französischen Kolonialsystems: die Unterscheidung zwischen „citoyens“ und „sujets“, zwischen Bürgern und Untertanen.

Das Ende des „indigénat“

Seit dem 19. Jahrhundert beruhte das französische Empire auf einem doppelten Rechtsregime. Ein kleiner Teil der kolonisierten Bevölkerung konnte unter bestimmten Bedingungen französische Bürgerrechte erhalten. Die überwältigende Mehrheit blieb jedoch dem sogenannten „Code de l'indigénat“ unterworfen: einem Sonderrechtssystem mit eingeschränkten politischen Rechten, administrativen Strafmaßnahmen und institutionalisierter Ungleichheit.

Die Loi Lamine-Guèye beseitigte diese symbolisch demütigende Trennung erstmals offiziell. Von nun an waren die Bewohner der Überseegebiete nicht länger bloß „Untertanen“ der Republik, sondern Bürger Frankreichs.



In der republikanischen Selbstbeschreibung war dies ein historischer Schritt. Frankreich präsentierte sich gern als universalistische Nation, deren Werte nicht ethnisch oder kulturell definiert seien, sondern politisch: Freiheit, Gleichheit, Staatsbürgerschaft. Das Gesetz von 1946 schien diese Idee nun auch auf das koloniale Imperium auszudehnen.

Doch gerade darin lag die Ambivalenz der Reform.

Bürgerrechte ohne politische Gleichheit

Denn die neue Staatsbürgerschaft bedeutete keineswegs sofortige politische Gleichstellung. Die eigentliche Machtfrage blieb bewusst offen.

In vielen Kolonien existierte weiterhin das System der getrennten Wahlkollegien. Europäische Siedler und französische Staatsbürger des Mutterlandes verfügten über ein weit höheres politisches Gewicht als die einheimische Bevölkerung. Besonders deutlich zeigte sich dies in Algerien: Dort repräsentierten zwei Wahlkörper Bevölkerungsgruppen von völlig unterschiedlicher Größe nahezu paritätisch. Millionen muslimischer Algerier blieben faktisch politisch marginalisiert.

Hinzu kam die Frage des „statut personnel“. Viele Kolonialbewohner behielten ihr eigenes Familien- und Personenstandsrecht – etwa islamisches oder gewohnheitsrechtliches Recht. Die französische Republik akzeptierte damit eine paradoxe Konstruktion: Man konnte französischer Bürger sein, ohne vollständig in die französische Rechtsordnung integriert zu werden.

Das Ergebnis war eine abgestufte Staatsbürgerschaft: universalistisch im Prinzip, hierarchisch in der Praxis.

Die Grenzen der Assimilation

Die französische Kolonialpolitik schwankte seit dem 19. Jahrhundert zwischen zwei Leitideen: Assimilation und Assoziation. Die Assimilation versprach theoretisch, kolonialisierte Bevölkerungen könnten durch Bildung, Sprache und Rechtsangleichung vollwertige Franzosen werden. Die Assoziation hingegen akzeptierte kulturelle Unterschiede und legitimierte damit dauerhaft ungleiche politische Rechte.



Nach 1945 schien sich Frankreich zunächst erneut der Assimilation zuzuwenden. Die Begriffe „Kolonie“ und „Imperium“ verschwanden zunehmend aus dem offiziellen Sprachgebrauch. Das Kolonialministerium wurde zum „Ministerium für Übersee-Frankreich“ umbenannt. Gleichzeitig verabschiedete die Nationalversammlung weitere Reformen, darunter die Abschaffung der Zwangsarbeit in den afrikanischen Besitzungen.

Doch die politischen Eliten in Paris waren nicht bereit, die logischen Konsequenzen einer wirklichen Gleichheit zu akzeptieren. Denn eine vollständig demokratisierte Union hätte bedeutet, dass die Bevölkerungen Afrikas und Asiens erheblichen Einfluss auf die Politik der französischen Republik gewonnen hätten. Die republikanische Universalität stieß dort an ihre Grenze, wo sie Machtverhältnisse tatsächlich verändert hätte.

Die Loi Lamine-Guèye machte diese Spannung sichtbar wie kaum ein anderes Gesetz der Nachkriegszeit.

Der Anfang vom Ende des Empire

Historisch betrachtet war das Gesetz weniger die Rettung des französischen Kolonialreichs als vielmehr ein Hinweis auf dessen bevorstehende Krise. Denn mit der offiziellen Anerkennung kolonialisierter Bevölkerungen als Bürger wurde die koloniale Herrschaft politisch schwieriger zu legitimieren.

Wenn Afrikaner, Algerier oder Bewohner Madagaskars französische Bürger waren – warum sollten sie dann nicht dieselben politischen Rechte besitzen wie Einwohner von Marseille oder Lyon? Warum sollten sie weiterhin von Gouverneuren verwaltet statt demokratisch repräsentiert werden? Warum sollte ein Imperium fortbestehen, das Gleichheit versprach, aber Ungleichheit organisierte?

In den folgenden Jahren radikalisierten sich diese Fragen. Nationalistische Bewegungen gewannen an Stärke, besonders in Nordafrika und Indochina. Der Krieg in Algerien ab 1954 zeigte schließlich brutal, dass die republikanische Idee und die koloniale Realität nicht dauerhaft miteinander vereinbar waren.

Die Loi Lamine-Guèye war deshalb kein Schlusspunkt, sondern ein Übergangsmoment: der Versuch, das Empire durch staatsbürgerliche Integration zu reformieren – und zugleich der Beweis dafür, dass dieses Projekt an seinen inneren Widersprüchen scheitern musste.



Heute, achtzig Jahre später, erscheint das Gesetz als historischer Wendepunkt. Nicht weil es koloniale Ungleichheit beseitigt hätte, sondern weil es die Republik zwang, sich selbst ernst zu nehmen. Die Frage, wie universell republikanische Werte tatsächlich gelten sollen, blieb auch nach dem Ende des Empire eine offene französische Debatte.

Die Geschichte der Loi Lamine-Guèye erinnert daran, dass politische Gleichheit selten in einem einzigen revolutionären Moment entsteht. Meist beginnt sie mit einem juristischen Versprechen – und mit dem langen Kampf darum, dieses Versprechen gegen die Wirklichkeit einzulösen.

Von Andreas M. Brucker